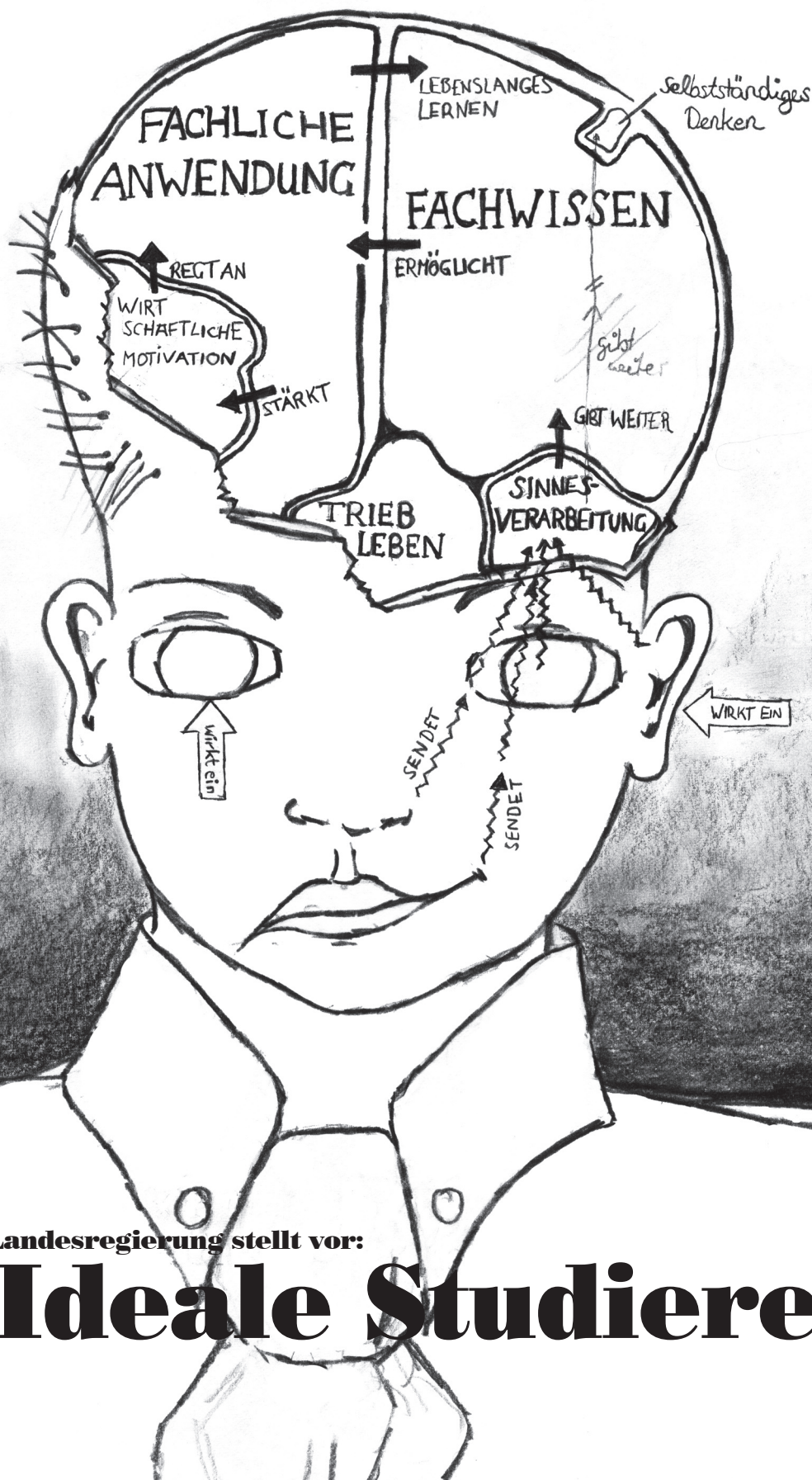


asta info

vom 10.05.2005

SENSATIONELLE

ZUCHTERFOLGE



Niedersächsische Landesregierung stellt vor:

Der Ideale Studierende

Inhalt

„Wer Fehler findet, darf sie behalten!“

Berichte des AStA.....	Seite 2
Niedersachsen und die Studiengebühren.....	Seite 3
Freiburger Frühling.....	Seite 3
EINSTIEG Abi und die Gebührenfrage.....	Seite 4
S Sozialwissenschaften in Braunschweig - bald ein Auslaufmodell?.....	Seite 5
U Studiengebühren in Niedersachsen.....	Seite 6
M Misslungener Spagat.....	Seite 7
M Ankündigungen.....	Seite 8
M Sonderbeilage „IndyMedia Printausgabe“ in der Mitte des Infos	

Berichte des AStA

O Um euch mal einen Überblick zu geben, was der AStA und seine Mitstreiter so in letzter Zeit getrieben haben, kommt hiermal ein kleiner Bericht der letzten vier Wochen.

F Am 5.04. war ein Treffen des Arbeitskreises gegen Bildungs-, Kultur-, und Sozialabbau (AK BiKuSo), zu der Mirco als neuer Vertreter des AStA ging. Eine gemeinsame Veranstaltungsreihe mit dem Titel "Wettbewerb hat VerliererInnen" bekam den letzten Schliff.

R Unsere erste Flyeraktion kam am 11.04, zu der Tobias Flyer gegen Studiengebühren in Form von Überweisungsträgern entwarf und dann mit weiterer Hilfe vor der Mensa verteilte.

S Florian fuhr am 13.04 zur LandesAstenKonferenz (LAK), bei der es um die Absegnung eines neuen Vorschlags aus Braunschweig zur Finanzierung der Studentenwerke ging, der aber vorerst scheiterte.

I Florian beteiligte sich am 14.04 dann auch beim Treffen des Bündnis gegen Rechts, bei der unter anderem eine große Flyeraktion und die Demo gegen den Naziaufmarsch am 18.06 geplant wurde.

T Am 15.04 folgte dann das Interview von Minister Stratmann in Hannover und dem Vizepräsident Büttgenbach an unserer TU und Mirco als Studierendenvertreter in Braunschweig bei einer Livesendung des NDR, die später auf der ARD wiederholt wurde. Hierbei ging um die, am Tag zuvor gescheiterte, Exzellenzförderung.

A Nun kam die Veranstaltungsreihe des AK BiKuSo, an der wir selber mit zwei Veranstaltungen beteiligt waren. Zum einen wurde Mirco als Studierendenvertreter als Referent zu einer Veranstaltung des hib (HochschulInformationsBüro der IG Metall) am 21.04. geladen, um zusätzlich die Sicht der Studierenden zum Hauptredebeitrag des Soziologen Prof. Michael Hartmann von der TU Darmstadt bei zu tragen. Als weitere

Referentin wurde Usula Weisser, Betriebsrätin bei Siemens TS, geladen.

Es folgte am 26.04 ein Treffen mit dem Präsidenten, um Informationen auszutauschen und die aktu-

elle und weitere Entwicklung an unserer TU zu besprechen. Neben dem AStA-Vorstand waren auch Vertreter des Studentenwerkes, der Ausländereferent und ein hochschulpolitischer Referent dabei.

Der 27.04 brachte eine Demonstration gegen die Einführung von Studiengebühren in Hildesheim mit sich, bei der sich auch der Braunschweiger AStA zu Wort melden konnte. Tobias hielt vor etwa 600 Studierenden eine Rede, die sich vorrangig um das neue NHG (Niedersächsische Hochschulgesetz) drehte.

Unsere zweite Veranstaltung im Rahmen des AK BiKuSo wurde am 28.04. von uns selber ausgerichtet. Sabine Kiel vom Studentenwerk Hannover berichtete unter der Moderation von Mirco über die soziale Lage der Studierenden aus der Sicht der Studentenwerke.

Nun folgte die Kundgebung und die Demonstration zum ersten Mai, bei denen wir uns auch beteiligten. Sönke sprach als Studierendenvertreter vor dem Hauptredner Oskar Lafontaine. Danach gab es einen Demonstrationzug zum Bürgerpark, wo der AStA mit einem eigenen Stand zusammen mit dem hib und der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) vertreten war. Damit war der 1. Mai aber noch nicht abgespeist, denn zusätzlich wurde ab 15.30 Uhr eine Informationsveranstaltung auf dem Forum vorm Audimax gegen den Auftritt von Ole Nydahl durchgeführt. Es wurden Flugblätter verteilt, die Florian entworfen hat und zusätzlich trug Sönke einen Informationstext gegen den Auftritt von Ole Nydahl vor. Wer hierzu weitere Informationen haben möchte, sollte sich bitte im AStA melden. Dies gilt natürlich auch für unsere anderen Aktionen.

Als nächste Aktion folgte am 3.05. eine weitere LAK, zu der Johannes als HoPo mit Tobias führen. Hierbei ging es um die Wahl eines neuen Sprecher für die LAK.

Der erste Monat des neuen AStAs verlief also abwechslungsreich und war schon geprägt von unserem Motto des "Summer of Resistance".

Niedersachsen und die Studiengebühren...

Auch Niedersachsen gehört zu den CDU-regierten Ländern, die sich auf Eckpunkte für Studiengebühren geeignet haben. Demnach sollen die Gebühren auf 500 Euro pro Semester beschränkt sein. Diese „Einigung“ ist Ergebnis einer Tendenz, die uns Studierenden in den letzten Jahren schon so einige Ge-

bühren auferlegt hat. Einige Meilensteine dieser Entwicklung wollen wir hier kurz skizzieren:

Im Januar 2005 erklärte Wissenschaftsminister Stratmann zur Einführung von Studiengebühren (sofern das Bundesverfassungsgericht den Weg dafür frei machte): „Dieses Jahr wäre wohl zu vorschnell, 2006 wünschenswert und 2007 am

realistischsten.“ - Ende Juni 2004 beschloss das Kabinett, die Rückmeldegebühren („Verwaltungskosten“) ab SoSe 2005 von 50 auf 75 € je Semester zu erhöhen. Dieser Beschluss musste zwar im Herbst im Rahmen der Haushaltsdebatte vom Landtag bestätigt werden, was aber nur Formsache war. Bereits in der Kürzungsdebatte im Wintersemester 2003/2004 wurden von Wissenschaftsminister Stratmann (CDU) allge-

meine Studiengebühren angedroht.

Die CDU/FDP-Regierung hatte -nicht weiter verwunderlich- die schon unter der vorherigen SPD-Regierung eingeführten Rückmeldegebühren („Verwaltungskosten“) in Höhe von 50 € je Semester auf 75 € erhöht. Niedersachsen tat es damit den

„Vorbildern“ Berlin und Baden-Württemberg gleich. Da sie die Gebühr juristisch besser in ein Gesetz packten als BaWü, hatten Klagen dagegen keine Chance.

Schon der frühere SPD-Wissenschaftsminister war wie sein CDU-Kollege in BaWü für Studiengebühren zu haben. Am 13./14.12.2001 wurde

auch auf sein Betreiben hin im Rahmen des Haushaltbegleitgesetzes die Einführung von Langzeitstudiengebühren nach dem Modell von Baden-Württemberg beschlossen. Ab dem Sommersemester 2003 konnte damit ein Semester 500 € kosten, wenn man die Regelstudienzeit um 4 Semester überschreitet. Damit ist es also auch in Niedersachsen teuer für Fachwechsler: denn gezahlt werden nämlich die Hochschul- und nicht die Fachsemester ...

Kurz und Knapp:

Bereits eingeführt:

Rückmeldegebühren: 75 € je Semester (ab SoSe 2005, davor 50€)

Langzeitstudiengebühren: 500 € je Semester ab 4 Semester über Regelstudienzeit (alle Hochschulse semester zählen)

Geplant*:

Allgemeine Studiengebühren in Höhe von 300-500 € je Semester je nach Studienfach ab WiSe 2006/2007

* Wer eigentlich welche Studiengebühren im Landtag haben will, haben wir in einem Extra-Artikel (s. Seite 6) zusammengefasst

Freiburger Frühling Studierendenproteste tief im Süden

Auch in Baden-Württemberg sollen Studiengebühren eingeführt werden. Die Verfasste Studierendenschaft wird dort nicht abgeschafft – es gibt sie gar nicht erst. Um ihren Forderungen nach gebührenfreiem Studium und der Einführung der Verfassten Studierendenschaft Nachdruck zu verleihen starteten die Studierenden in Freiburg mit der Demo zum 1. Mai eine Protestwoche. Neben der Aktion „Offene PH“ mit Alternativprogrammen zu Bildung und anderen Themen gab es einige Demos und die Besetzung des Rektorats der Universität. Die Besetzung dauert seit dem 2.05. an. Über 100 Studierende haben sich es sich mit Schlafsäcken in der Halle des Verwaltungsgebäudes gemütlich gemacht. Die Unileitung ist recht tolerant, zwar wurde erst mit Räumung gedroht, aber nach Ablauf der Frist passierte nichts. Die Polizei ist ständig im Gebäude und beobachtet die Studierenden, lässt sie aber sonst wohl weitgehend zufrieden. Mittlerweile haben die BesetzerInnen großes Medienecho erreicht und sogar der Wissenschaftsminister Frankenberg will vorbeikommen und mit ihnen reden. Was wieder einmal zeigt, dass protestieren doch etwas bringt. Die BesetzerInnen vertreiben sich die Zeit mit Workshops, Information der Öffentlichkeit und geben Nachhilfe an Schüler.

Der Protest wird solange fortgeführt, bis der Rektor der Universität auf die Forderungen der Studierenden eingeht. Er soll sich gegen Studiengebühren und für eine Verfasste Studierendenschaft einsetzen.

In Hamburg wurde eine ähnliche Aktion (Versperrung des Verwaltungsgebäudes der Uni) vor einigen Tagen durch ein Großaufgebot der Polizei nach wenigen Stunden gewaltsam beendet.

Wir sollten uns an diesen entschlossenen aber friedlichen Protesten ein Beispiel nehmen und auch nicht einfach hinnehmen, dass Bildung zur einer Ware wird, die nur erreichen darf, wer sie bezahlen kann.

Also: Bildet euch! Bildet andere! Bildet Banden!

Wer mehr über die Proteste im Süden und im Norden wissen möchte:

de.indymedia.org/bildung

www.besetztes-rektorat.de.vu

www.freiburger-fruehling.de/

www.nordstreik.de.vu

S
U
M
M
E
R

O
F

R
E
S
I
S
T
A
N
C
E

EINSTIEG Abi und die Gebührenfrage oder Das Märchen von politischer Neutralität

Vor einiger Zeit wurde an Gymnasien das kostenlose Magazin „EINSTIEG Abi“, Ausgabe 2/05 verteilt, welches der Titel „Studiengebühren. Nur keine Panik!“ zierte.

S Der darin enthaltene Artikel „Per Stipendium durchs Studium“ stellt Studiengebühren als sicher dar, zitiert unter der Überschrift „Pro und Contra Gebühren“ lediglich eine umstrittene Umfrage des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), nach der 59 Prozent der Studierenden unter den Umständen Verbesserung der Lehre und Rückzahlung nach Ende des Studiums für Studiengebühren sein sollen - dass in dieser Umfrage lediglich nach dem bevorzugten Gebührenmodell unter der Bedingung, dass Studiengebühren eingeführt würden, gefragt wurde, wird verschwiegen. Es wird nicht auf die Kritik an allgemeinen Studiengebühren eingegangen - mit einer Ausnahme: Der „Student von morgen [...] [müsse] sich praktisch schon vor dem Abi Gedanken machen, ob er sich ein Studium leisten kann oder doch eher eine betriebliche Ausbildung mit einer kleinen, aber feinen Ausbildungsvergütung vorzieht“. Die soziale Problematik wird vollkommen verharmlost. Allerdings gebe es „mehr Möglichkeiten, als den Gürtel enger zu schnallen und aufs Rauchen zu verzichten, sich die Haare nicht schneiden zu lassen und Pfandflaschen zu sammeln...“: EINSTIEG Abi preist als Lösung des (ihrer Ansicht nach offenbar geringfügigen) finanziellen Problems das Wundermittel Stipendium an.

U Es wird suggeriert, wenn man nur den richtigen Stipendiengeber finde und fleißig und sozial engagiert sei, stünde einem Stipendium kaum noch etwas im Wege. Außerdem werde, zumindest beim Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds, kein Zuwachs an Stipendienbewerbern erwartet, da dieses auch nicht nach Änderung des Baföggesetzes oder Erhebung von Langzeitstudiengebühren der Fall gewesen sei. Dass Stipendien nicht für jeden zugänglich sind und der Stipendiat den Bedingungen und somit der Kontrolle des Stipendiengebers untersteht und kein selbstbestimmtes Studium führen kann, wird verschwiegen, ebenso dass nur ca. 2% aller Studierenden ein Stipendium erhalten.

M Außerdem wird die Geschäftsführerin der (privaten) Design Akademie Berlin zitiert, die hofft, dass „Bildung stärker als bisher als Dienstleistung betrachtet wird“.

E Alles in allem lässt sich sagen, dass der Artikel die Studiengebührenproblematik verharmlost, wenn nicht ganz verschweigt und Stipendien als für jeden zugängliche Finanzunterstützung in den Himmel lobt. Dies ist klar eine falsche Darstellung von Tatsachen und ein Verstoß gegen das politische Neutralitätsgebot an Schulen, jedoch nicht weiter verwunderlich, wenn man weiß, dass die Schirmherrin des Projekts, Anette Schavan (CDU), eine klare Gebührenbefürworterin ist und mit gegen das generelle Gebührenverbot geklagt hat, und dass die Zeitung der EINSTIEG GmbH sich größtenteils aus „ausschließlich über ausbildungs- und studienbezogene Anzeigen von Unternehmen und Hochschu-

len finanziert“. Jens Wernicke, Sprecher des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW Thüringen, wollte das nicht akzeptieren. Er verschickte eine eMail, in der er auf diesen Artikel und dessen Lügen eingeht und um Ideen bittet, was man dagegen tun könnte, deren Schlusswort lautet: „Ich kann und möchte mit dieser Mail jede und jeden ermutigen, zu verhindern, dass weiterhin neoliberale Propaganda die potentiellen Studierenden der nächsten Jahre „marktgerecht“ formt.“

Daraufhin erhielt er eine eMail, in der erklärt wurde, EINSTIEG sei wertneutral und wolle die Schüler lediglich über die momentane Situation aufzuklären und darüber, „dass Stipendien eine durchaus realistische Möglichkeit zur Studienfinanzierung sind“. Statt den Argumenten entgegenzutreten, droht EINSTIEG ihm mit Klage: „Wir bitten Sie [...], Ihre rufschädigende Agitation gegen unsere Zeitschrift EINSTIEG Abi und gegen unser Unternehmen sofort einzustellen, um eine juristische Auseinandersetzung zu vermeiden.“

Im Gegensatz zur EINSTIEG GmbH finden wir nicht, dass Jens Wernicke die Grenzen der Meinungsfreiheit überschreitet. Im Gegenteil stimmen wir ihm zu, dass der Artikel in die Richtung „Opium fürs Volk“ geht und dazu dient, die Akzeptanz von Studiengebühren bei den künftigen Studierenden zu erhöhen und jeden möglichen Widerstand von vornherein unnötig erscheinen zu lassen und zu erweichen, aufbauend auf falschen Tatsachen. EINSTIEG versucht gezielt, Schüler mit falschen Tatsachen und Verharmlosungen zu manipulieren. Daher stellen wir uns hinter Jens Wernicke und seine Forderung, das Magazin zu boykottieren und diese Informationen weiter zu verbreiten.



Cover der strittigen Ausgabe EINSTIEG Abi 02/05
(c) 2005 EINSTIEG GmbH

Sozialwissenschaften in Braunschweig – bald ein Auslaufmodell?

Auch Ingenieurwissenschaften und Lehrerbildung sind davon betroffen

Im Zuge der Kürzungswelle durch das „Hochschuloptimierungskonzept (HOK)“ hat das Institut für Sozialwissenschaften (ISW), wie viele andere Institute auch, hohe Einsparungen tragen müssen. Stellen wurden gestrichen, Lehrveranstaltungen entfielen; die Betreuung für die Studierenden verschlechterte sich enorm.

Das ISW trug eine Kürzung des Gesamtetats von annähernd 20%, erhielt aber im Gegenzug eine Zukunftsperspektive in Form eines auf das neue Profil der TU zugeschnittenen Bachelor-/Masterstudiengangs Sozialwissenschaften, zu dessen Erarbeitung es vom Präsidium der TU auch aufgefordert wurde. Um dieses Konzept realisieren zu können, hat der zuständige Fachbereich 10 eine konkrete Planung der benötigten Stellen erstellt, mit der das ISW in seiner jetzigen Form weitestgehend erhalten bliebe. Selbst die Auswirkungen des „HOK“ wurden dabei mit eingerechnet.

Zunächst schien dem auch nichts im Wege zu stehen. Zu einem gravierenden Problem hat sich jedoch mittlerweile die Wiederbesetzung der Professur für Innenpolitik entwickelt: Die Auswahl und Reihung der Bewerber hat bereits vor über einem Jahr stattgefunden (daran beteiligt auch der Professor für Maschinenbau Dr. Hesselbach) und wird dennoch bis heute verschleppt!

Und zudem führt dies dazu, dass auch die an dieser Professur hängenden Mitarbeiterstellen nach Auslaufen der Verträge nicht mehr wiederbesetzt werden können.

Wie agiert das Präsidium der TU - welches inzwischen von eben diesem Professor Hesselbach geführt wird - in dieser Situation? Drängt es beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur darauf, dass die Professur nun endlich wiederbesetzt wird? Darüber lässt sich bislang nur spekulieren.

Keine Spekulation ist jedoch, dass das Präsidium das Konzept für den Bachelorstudiengang „Integrierte Sozialwissenschaften“ von der Tagesordnung genommen und auf unbestimmte Zeit verschoben hat. Wir erinnern uns: ein Jahr zuvor hatte das Präsidium die Ausarbeitung dieses Vorhabens noch in Auftrag gegeben. Das erarbeitete Konzept wurde nicht nur vom Institut, sondern auch vom zuständigen Fachbereich für gut befunden und von der KSW (einer hochschulweiten Kommission zur Beratung der Präsidien in Studienangelegenheiten) ausdrücklich gelobt und als zum TU-Profil passend bezeichnet. Die für die Akkreditierung des Studienganges notwendigen Unterlagen waren somit bereits fertig gestellt und seine Einführung für das Wintersemester 2005/2006 geplant.

Zudem wird gerade jetzt ausgehandelt, welche geistes- und sozialwissenschaftlichen Bachelor-Studiengänge einen fachwissenschaftlichen Master erhalten sollen (wir erinnern uns noch einmal: das Präsidium hatte das ISW mit der Erarbeitung eines Konzepts auch für einen fachwissenschaftlichen Masterstudiengang beauftragt). Doch soll das vom Präsidenten angeleitete Gremium jegliche weitere Diskussion über den Bachelorstudiengang „Integrierte Sozialwissenschaften“ vor Klärung dieser Frage ausgeschlossen haben.

Trotz Zukunftsträchtigkeit des Konzepts nun eingestampft?

Da eine solche Vorgehensweise für seriöse Planungen absolut kontraproduktiv ist, drängt sich mit dieser Hinhaltetaktik ein anderer Verdacht auf: Das ganze Prozedere soll eigentlich nur dazu dienen, dem Präsidium größeren Spielraum für die künftige Verwendung von Mitteln für die offen stehende Professur einzuräumen.

Und was bedeutet das konkret? Der für das ISW zuständige Fachbereich 10 hatte einen Plan zur Erbringung der durch das „HOK“ bisher geforderten Einsparung von Stellen gemacht. Dafür wurden bisher aber andere als die oben genannte Professur eingeplant.

Wird hier also versucht, hintenherum, über das beschlossenen Maß hinaus Stellen einzusparen und dabei sozialwissenschaftliche Studiengänge an der TU in die Schublade „Abwicklungsreife Fachrichtungen“ zu verschieben?

Für die Studierenden tun sich damit aber Abgründe auf: Ohne neuen Professor wird die Innenpolitik schon jetzt von einer Rumpfmannschaft auf nur eine Dozentin und ein paar Lehraufträge runtergekürzt. Damit würde für den Magisterstudiengang, die Lehrerbildung und auch für Ingenieursstudiengänge ein Lehrniveau geschaffen, das einen Zustand am Rande des Legalen entstehen lässt. Ebenso hätten die letzten, verbleibenden Professoren enorme Anstrengungen zu bewältigen, den Laden am Laufen zu halten und die Studierenden halbwegs vernünftig auszubilden und zu einem Abschluss zu bringen. Für die laut Präsident Hesselbach so immens wichtige Drittmittelakquise, Forschung und Promotionsquote können sie dann kaum noch Energie und Zeit aufbringen.

Abschließend bleibt also die Frage: Ist solch eine vom TU-Präsidium verantwortete Planungsunsicherheit tragbar? Hat das jetzt System? Werden so neuerdings unbequeme Abwicklungen organisiert? Oder erlaubt das Präsidium den Sozialwissenschaften doch noch die ursprünglich in Aussicht gestellte Perspektive?

Studiengebühren in Niedersachsen

Pläne der Parteien.

Übersicht der gegenwärtigen Parteipositionen:

CDU: Min 300€, max 500€ Gebühren ab WiSe 06/07. Für einige Härtefälle soll es Ausnahmen geben.

FDP: Kein Mindest- und kein Höchstbetrag. Die besten 15% sollen keine Gebühren zahlen.

SPD: Lehnt Gebühren in der vorgeschlagenen Form ab. Das Geld werde im Haushalt versickern und ein Stipendienmodell wäre notwendig.

Grüne: Lehnen die Gebühren wegen der Abschreckungswirkung ab.

Im Februar und Mai gab es zwei angeregte Diskussionen um das Thema Studiengebühren im niedersächsischen Landtag. Ausgelöst wurden sie durch einen Antrag der SPD-Fraktion, Ministerpräsident Wulff möge sein Wahlversprechen, das Erststudium in Niedersachsen gebührenfrei zu erhalten, einlösen. Die Diskussion ging dann auch lange um das Thema Wahlversprechen. Das Versprechen lautete: „Niemand soll mangels finanzieller Mittel auf ein Studium verzichten müssen, das Erststudium bleibt Gebührenfrei.“

Es war bis kurz nach der ersten Debatte im Landtag auf der Homepage der Staatskanzlei zu finden, außerdem fand es sich auch im Wahlprogramm der CDU. Nicht erwähnt wurde es von Wulff – wie Stratmann sagt dank des „enormen Instinkts und enormen Feingespürs“ des Ministerpräsidenten dafür, „welche Themen künftig von Bedeutung sein könnten“ - in seiner Rede zum Amtsantritt. Stratmann führt weiter aus, dass auf der Homepage der Staatskanzlei zu lesen sei „es gilt das gesprochene Wort“. Eigentlich kaum zu glauben aber wahr.

Auch inhaltlich kamen aber einige interessante Pläne zu Tage:

Die CDU plant eine Deckelung der Studiengebühren bei 500€ pro Semester, die Hochschulen sollen selbst entscheiden können, für welchen Studiengang sie wie viel Geld verlangen. Mindestens werden aber 300€ pro Semester festgeschrieben. So steht es auch in einem ersten Entwurf zum neuen Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG). Die vorgetragenen Gründe sind Verbesserung von Forschung und Lehre und die Wirkung als „Steuerungsinstrument“ welches „das Angebotsverhalten der Hochschulen und das Nachfrageverhalten der Studierenden positiv beeinflusst“ (Katrin Trost, CDU). Auch sollen Studiengebühren - oder Studienbeiträge, wie sie mittlerweile genannt werden - „zu mehr sozialer Gerechtigkeit in der Bildungsfinanzierung“ führen (Katrin Trost, CDU).

Auch die leeren Staatskassen sieht Katrin Trost als Grund Studiengebühren einzuführen: „Unsere Steuereinnahmen brechen weg. Die öffentliche Hand kann den Finanzbedarf nicht allein auffangen.“

Das Urteil des Bundesverfassungsgericht wird

von Minister Stratmann als politisch begrüßt. Er zitiert:

„Die Möglichkeit, allgemeine Studiengebühren einzuführen und auszugestalten, bietet den Ländern die Chance, die Qualität der Hochschulen und eine wertbewusste Inanspruchnahme ihrer Leistungen zu fördern.“

Die FDP befürwortet die Einführung von Studiengebühren genauso wie die CDU, allerdings wird noch weit mehr gefordert. Hierzu Prof. Dr. Dr. Roland Zielke (FDP): „Einen Mindeststudienbeitrag halten wir für falsch. [...] Ebenso unsinnig wäre im Hinblick auf eine echte Autonomie der Hochschulen auch eine landesweite oder gar bundesweite Deckelung bei x Euro. [...] Es wäre wieder einmal Bildungsplanwirtschaft mit staatlich regulierten Preisen statt dem, was wir eigentlich in Deutschland brauchen, nämlich Mut zu freiem Wettbewerb und ehrlichen, marktgerechten Preisen für Bildungsgüter.“

CDU und FDP sind sich einig, das Hochschulen Stipendien für besonders gute Studierende ausloben sollen. Die FDP fordert eine Förderung, welche „die Exzellenz des einzelnen Studenten belohnen sollte“. „Ein Gebührenerlass für die besten 15% der Studierenden erscheint [ihnen] sehr sinnvoll“.

Die CDU hat bei den Ausnahmen bisher eher an gesellschaftliche Kriterien gedacht, so sollen Studierende mit Kind oder Behinderung sowie Studierende die nahe Verwandte pflegen, von den Gebühren befreit werden. Auch für ausländische Studierende aus bestimmten Austauschprogrammen wird es keine Gebühren geben, so steht es jedenfalls im aktuellen NHG-Entwurf.

Wer zahlen muss, aber das Geld nicht hat „soll bei Immatrikulation einen Vertrag über einen Bildungskredit abschließen können“, so Katrin Trost (CDU). Eingeführt werden die Gebühren so schnell wie möglich, frühestens aber zum Wintersemester 2006/07.

SPD und Grüne lehnen die Einführung von Studiengebühren für das Erststudium in Niedersachsen ab. Allerdings gab es zumindest von der SPD auch schon Pläne zur Einführung des Bezahlstudiums, die während der Debatte auch durch die CDU mit Zitaten von Sigmar Gabriel und dem ehemaligen Bildungsminister Oppermann belegt werden. Trotzdem führen SPD und Grüne einige Argumente gegen die Gebühren an. Dr. Gabriele Andretta (SPD) erklärt beispielsweise, dass in Australien und Großbritannien die Gebühren „kräftig gestiegen“ seien, die Hochschuletats aber nicht. Auch das die Einnahmen aus Langzeitstudiengebühren und dem gestiegenen Verwaltungskostenbeitrag vom Finanzminister „einkassiert“ werden moniert sie. Den Verbleib der Gebühren an den Hochschulen bezweifelt auch Dr. Gabriele Heinen-Kljajić von den Grünen: „Inzwischen liegt ein erster Entwurf des Zukunftsvertrages vor, auf den die Hochschulen seit 2003 warten und der sie vor weiteren Kürzungen bewahren soll. [...] Die Hochschulen sollen sich schon im ersten Entwurf [...] dazu verpflichten, jährliche

Tarifsteigerungen von 1% aufzufangen. [...] Das alleine würde aber de facto für die Hochschulen bedeuten, dass sie schon nach fünf Jahren Kürzungen im Umfang des HOK tragen müssten“

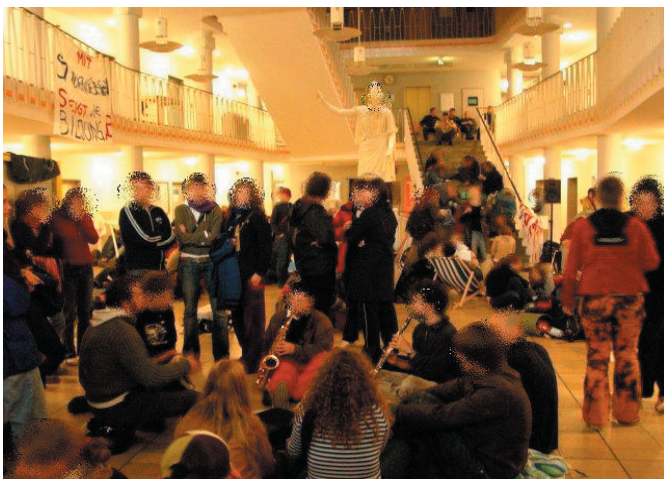
Eine den Studiengebühren vorgelagerte Kürzung der Hochschulmittel (durch das HOK) würde die von der Landesregierung als „Investition in die Zukunft“ bezeichneten Studiengebühren zu einer „Privatisierung des staatlichen Bildungsauftrages an den Hochschulen“ machen meint Sigmar Gabriel (SPD). Er fordert ein Stipendiensystem und wirft der Landesregierung vor: „Sie importieren aus England, aus Frankreich und aus Amerika immer nur die Hälfte: die Gebühren.“

Der zweite große Kritikpunkt von SPD und Grünen ist die Abschreckungswirkung der Gebühren. Dr. Gabriele Heinen-Kljajić meint, das besonders „Menschen aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien ihre Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums angesichts der zu erwartenden Verschuldung nach dem Studium häufig anders treffen werden, als sie dies bei einem gebührenfreien Erststudium würden.“ „Denn das, was Ihrer Meinung nach den Wettbewerb zwischen den Hochschulen anregen soll, wird dazu führen, dass Studierende aus einkommensschwachen Schichten häufig in „billige“ Fachbereiche oder Hochschulen ausweichen“, fügt sie hinzu. Auch aus den Reihen der SPD sind ähnliche Bedenken zu hören.

Wir lassen all diese Zitate hier unkommentiert, jede(r) kann und soll sich selbst eine Meinung bilden. Zu sagen ist noch, das es sich hier immer nur um das Erststudium dreht. Für weiterführende Studiengänge – dazu zählt auch der Master – gibt es noch keine Regelung, also auch keine Deckelung bei 500€. Wer sich vergewissern will, dass die Zitate auch stimmen, oder sich weiter informieren möchte, kann in den Landtagsprotokollen der 57ten und 59ten Sitzung nachlesen.

http://www.landtag-niedersachsen.de/Infothek/steno/steno_15_WP/endber057.pdf

http://www.landtag-niedersachsen.de/Infothek/steno/steno_15_WP/endber059.pdf



Eindrücke aus dem besetzten Rektorat in Freiburg

Misslungener Spagat – Zwischen Menschlichkeit und Verbrechen

Im Grunde könnte man meinen, egal was man schreibt, es gibt immer jemanden, der daran etwas auszusetzen hat. Dieser Umstand aber – von der einen Fraktion als lästig, von der anderen als konstruktiv angesehen – ist aber elementar für eine pluralistische Meinungsbildung.

Allerdings kommt es aber auch auf die Art an, wie man etwas zu vermitteln versucht, die einmal mehr und einmal weniger glücklich gewählt sein kann. So ist es auch bei der Serie „Hitlers treuster General“ in der Braunschweiger Zeitung, die versucht, den Spagat zwischen dem Generalstabschef des Heeres Hans Krebs als Menschen und Vater auf der einen und seinem Leben als Kriegsverbrecher auf der anderen Seite. Eben jene Darstellung als Vater bewog eine Leserin folgendes zu schreiben: „Sie dürfen nicht schreiben, dass Krebs ein fürsorglicher Vater war. Diese Ungeheuer haben keine menschlichen Züge.“

Über die Darstellung des Menschen zur Erklärung seiner Verbrechen zu gelangen, ist durchaus ein gern beschrittener Weg der Psychologie und wird auch immer wieder auf bekannte Nazipersonlichkeiten angewandt, was auch angebracht scheint, wenn man versucht, die Motivationen zu verstehen. Etwas anderes ist es dagegen, die Person so darzustellen, wie sie sich selbst gesehen hat.

Besonders anschaulich wird es in der Serie der Braunschweiger Zeitung, in der Hans Krebs förmlich zum Helden stilisiert wird. Die deutschen Tugenden Mut, Ehre, Loyalität und Tapferkeit des Herrn Generalstabschef des Heeres werden im siebten Teil der Serie ausgiebig dargelegt (wovon besonders die Überschrift „Hitlers Ratgeber verlassen den Bunker, Krebs bleibt“ und „Das Pflichtgefühl hat ihn gehalten“ zeugen), wohingegen über die Kriegsverbrechen kein Wort verloren wird. Diese Überschriften machen den Artikel angreifbar, sind sie doch so formuliert, dass sie einerseits als journalistisch objektiv, andererseits als Verherrlichung für den Helden Krebs gelesen werden können. Der Artikel, dessen Stil an Romane erinnert und der so eine schnelle Identifikation mit den Figuren begünstigt, erweckt beinahe das Gefühl, auch so mutig und standhaft sein zu wollen wie der beschriebene Hans Krebs.

Insbesondere zum 60. Jahrestag des Kriegsendes, an dem etliche Politiker zu mehr Courage gegen den Rechtsextremismus aufgerufen haben, sollte man im Auge behalten, neben der Menschlichkeit des beleuchteten Charakters auch seine Untaten nicht aus den Augen zu verlieren. Bestätigt durch diese Forderungen sollte man seine Stimme gegen die Darstellung des deutschen Volkes als Opfervolk erheben, wie es derzeit oft in den Medien, und unserer Meinung nach auch in dieser Serie, passiert. Man muss ja nicht gleich einen Generalverdacht gegen alle Deutschen dieser Zeit aussprechen, sollte aber auch neben aller Menschlichkeit nicht die Verbrechen zu Unschuldigen stilisieren.

Abschließend sei folgendes bemerkt: Hans Krebs wurde 1947 in den Nürnberger Prozessen wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ hingerichtet. Den Grund für das Urteil erfährt man von der Braunschweiger Zeitung in dem heroischen-romanhaften siebten Teil der Serie nicht.

S
U
M
M
E
R
O
F
R
E
S
I
S
T
A
N
C
E

Ankündigungen



Veranstaltungstipps

Samstag, 28. Mai 18:00 Uhr und Sonntag, 29. Mai 17:00 Uhr im Audimax der TUBS KABARETT "Die Bodenkosmetikerinnen"
Eintritt: ermäßigt 8 Euro, sonst VK 9,60/ AK 10 Euro

Die Bodenkosmetikerinnen sorgen als dynamisches Duo mit Ihrem aktuellen Programm „Arabesk“ für Aufsehen.

Serpilosch ist eine gebürtige Deutsche mit türkischem Elternhaus, aber sie ist eine bemerkenswert deutsche Vorzeigeputzfrau, die sich darüber beschwert, dass kaum noch jemand die deutsche Sprache wirklich beherrscht. Um ihre Karriere zu optimieren, scheut sie keine Investition. Knursel ist eine im Erwachsenenalter eingewanderte türkische Putzfrau, die in der Dialektik der beiden Mentalitäten hin- und her-, mal schaukelnd mal wackelnd, die Synthese der Integration zu erreichen sucht. Ihr orientalischer Größenwahn und arabeske Schicksalerlegenheit kommen ihr jedes Mal in die Quere. Verzweifelt wendet sie sich an Serpilosch, um sich im Deutschtum coachen zu lassen.

Während Serpilosch Knursel coacht, konzeptionell (deutsch) zu denken, merkt sie nicht, wie das mediterrane Temperament von Knursel auf sie abfärbt. Als Ergebnis des gegenseitigen Coachings wird Serpilosch als Lenny Krähwitz und Knursel als Kebap-Girl 007 wiedergeboren. In der neuen Vielfältigkeit der Identitäten (Mann/Frau, deutsch/türkisch, homo-/heterosexuell) chaotisch verstrickt, nehmen die Ereignisse ihren verheerenden Lauf. Seit 1992 bestehen die Bodenkosmetikerinnen. Sie kennen keine Gnade mit Männern und Frauen, mit Deutschen und Türken. Die Bodenkosmetik, ein Begriff, der immer polarisierte, oft falsch verstanden und zitiert wurde, ist ein Racheakt gegen die „Gesellschaft für deutsche Sprache“ und die Journalisten dieser Nation.

mehr Infos:
www.transnationfestival.de

Im Anschluss an die Vorstellung am Samstag, 28. Mai, zeigt das SSF noch einen Film, in dem einer der Kabarettistinnen, Nursel Köse, mitgewirkt hat.

28. Mai, 21:00 Uhr im Audimax der TUBS
FILM "ANAM"
Eintritt: 1,50 sff-Ausweis + 2 Euro

Anam (Nursel Köse), Rita (Saskia Vester) und Didi (Audrey Motaung) bilden das Putzfrauen-Trio. Ihrer Freundschaft kann niemand etwas entgegen setzen: weder die verknöcherte Chefin, eine zickige Kollegin oder ein untreuer Mann. Die Freundschaft wird eines Tages auf eine harte Probe gestellt. Denn Anams Sohn Deniz (Navid Akhavan) rutscht völlig in die Drogenszene ab. Anam, Rita und Didi setzen alles daran, ihn aus der Drogenszene zu befreien. Die Putzkolonne nimmt den Kampf gegen den Dealer auf, gewillt alles einzusetzen, was nötig ist. Die Regisseurin Buket Alakus erzählt in ihrem Debüt die turbulente Emanzipationsgeschichte der 40-jährigen türkischen Putzfrau Anam. Am Ende verliert Anam ihren Mann, findet jedoch sich selbst. Buket Alakus erhielt für Anam national und international viele Preise.

mehr Infos:
www.transnationfestival.de
<http://gruppen.tu-bs.de/studver/sff/>

veranstaltet von:
 FrauenLesbenReferat der TUBS in Zusammenarbeit mit Transnation e.V. und dem Studio für Filmkunst (SSF)

S
U
M
M
E
R
O
F
R
E
S
I
S
T
A
N
C
E

Kreative Kurse des AstA-Kulturbüro
 - noch Plätze frei - schnell anmelden!

Schreibwerkstatt: Satire - Workshop
 Hohn und Spott - Eine satirische Schreibwerkstatt
 „Da ist es schwer, keine Satire zu schreiben.“ Juvenal

Ziel der Satire ist laut Lexikon die „Einsicht in die Lächerlichkeit, Kritikwürdigkeit oder gar Gefährlichkeit der geschilderten Sachverhalte“ - Satire ist also, wenn man trotzdem lacht. Aber wie geht das eigentlich, wie bringt man Menschen zum Lachen? Da ein erklärter Witz kein Witz mehr ist, hilft wohl nur die Praxis - bei dem Wochenendworkshop könnt Ihr Euch deshalb an verschiedenen Textformen ausprobieren: ironische Kurzgeschichten, spöttische Gedichte, böse Polemiken, entlarvende Parodien. Die Möglichkeiten sind unbegrenzt und die Themen finden sich an jeder Straßenecke, in der Zeitung und im Fernsehen.

Ihr erhaltet in dieser Schreibwerkstatt fachliche Anleitung, bekommt jede Menge Anregung zum Schreiben und habt die Möglichkeit, Euch über die hierbei entstandenen Texte auszutauschen.

Termin:
 25.+ 26. Juni 2005
 Sa. 10.00 - 18.00
 So. 10.00 - 17.00

Ort: Grottrian Zimmerstraße, Südflügel, linker Eingang 1. Stock / Kulturbüro

Kursleiter: Axel Klingenberg

Gestalten von Webseiten mit Vorkenntnissen - HTML 2

Kursleiter: Holger Hinz / mail:holger.h.hinz[at]web.de
 Mittwoch 8.6./15.6./22.6./29.6./6.7.2005, 19.00 - 20.30
 CSE-Rechnerraum Bültengeweg / K.Uhde Str.

Inhalt: Einbinden von CSS (Cascading Style-Sheets), Javs Skript und Objekten in die Homepage. Ein Anteil sind Übungen mit einem HTML Editor (HTML Studio). Formatierungen von Absatz, Tabellen, Farbe und Schrift mit Hilfe von CSS; Einführung in Java Skript; Einfügen von Animationen.
 Kursgebühr: 16,- Euro

Lehmbau - Workshops

Kursleiter: Hans-Jürgen Jancke / JUP JugendUmweltPark BS, Kreuzstr.

Samstag 21.5. / 28.5. / 4.6. / 27.8. / 3.9.2005, 10.00 - 18.00

Kursgebühr: 7,- Euro (incl. Verpflegung) pro Tag, Anmeldung für einzelne Tage möglich

Anmeldung für die Kurse im Geschäftszimmer des AstA
 oder per Mail an asta-kultur[at]tu-bs.de
www.asta.tu-bs.de/kulturbuero